



„Wie können wir Russland, China oder dem Iran Vorwürfe machen, dass ihr Verhalten nicht international anerkannten Standards entspricht, wenn wir so wenig Respekt für unsere vertraglichen Verpflichtungen zeigen?“

Der frühere Parteivorsitzende der Konservativen Partei Michael Howard im britischen Oberhaus über die Pläne von Premier Boris Johnson, das gültige Brexit-Abkommen wieder zu ändern

„Und täglich grüßt das Murmeltier“

BREXIT-STREIT: EU-Austritt und Handelspakt mit der EU erinnern an einen Film mit Zeitschleife – Premier Johnson droht Rebellion in eigenen Reihen

LONDON/BRÜSSEL (dpa). Bei seinen Änderungsplänen zum längst gültigen Brexit-Abkommen droht dem britischen Premierminister Boris Johnson eine Rebellion in den eigenen Reihen. Bis zu 30 Abgeordnete seiner Konservativen Partei wollen nach einem Bericht der „Times“ (Freitag) gegen das Änderungsgesetz stimmen, mit dem Johnson Teile des von ihm unterzeichneten Deals aushebeln will.

Der Premier verfügt im Unterhaus über eine Mehrheit von 80 Stimmen. Die Regierung geht davon aus, dass sie ihr Gesetz durchbekomme, hieß es. Johnson will mit dem „Binnenmarktgesetz“ den 2019 mit der EU vereinbarten Austrittsvertrag in wesentlichen Punkten ändern. Dabei geht es um Sonderregeln für das britische Nordirland, die eine harte Grenze zum EU-Staat Irland und neue Feindseligkeiten dort verhindern sollen. Irlands Finanzminister Paschal



Ein großer Streitpunkt mit der EU schien bereits gelöst – nun plant die britische Regierung jedoch, Abmachungen zum Handel in Nordirland überarbeiten zu wollen. Alles nur Londoner Theaterdonner? APA/afp/PAUL FAITH

Donohoe sagte, die Einhaltung des Vertrags sei „Voraussetzung“ für jede weitere Vereinbarung. Die EU-Kommission forderte

London auf, die Pläne bis Ende September zurückzuziehen, was die britische Regierung aber sofort ablehnte.

Auch der deutsche Bundesfinanzminister Olaf Scholz mahnte Großbritannien zur Vertragstreue. „Verträge müssen geachtet

werden, das weiß jeder“, sagte der SPD-Politiker am Rande eines EU-Treffens in Berlin. Der deutsche Botschafter in London, Andreas Michaelis, schrieb bei Twitter: „In mehr als 30 Jahren als Diplomat habe ich keine so schnelle, absichtliche und tiefgreifende Verschlechterung einer Verhandlung erlebt.“

Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire stellte klar, dass die EU von ihrer Forderung nach gleichen Wettbewerbsbedingungen nicht abrücken werde: „Wir werden nichts akzeptieren, das den Binnenmarkt gefährden oder schwächen würde.“ Österreichs Ressortchef Gernot Blümel sagte, er fühle sich an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert. Darin ist ein Mann in einer Zeitschleife gefangen. „Irgendwann wird man sich überlegen müssen von britischer Seite, wie ernst man das Ganze meint.“

Das Vorgehen der Regierung schädige Großbritannien enorm, sagte Ex-Premierminister Gordon Brown (Labour) dem Sender BBC. Von Montag an soll

über das Gesetz im Unterhaus debattiert werden. Auch aus dem Oberhaus könnte Johnsons Plan scharfer Wind entgegenwehen. Brüssel sprach von „einer extrem ernsten Verletzung des Austrittsabkommens und internationalen Rechts“, sollte das Gesetz beschlossen werden.

Die Verhandlungen über den für 2021 geplanten Vertrag über die künftigen Beziehungen stecken aber ohnehin fest. Die EU will nun die Vorbereitungen für einen „No Deal“ intensivieren: Gelingt kein Vertrag, droht zum 1. Jänner ein harter wirtschaftlicher Bruch mit Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Der Linken-Europaaabgeordnete Martin Schirdewan schlug für diesen Fall „Brexit-Bonds“ der Europäischen Investitionsbank vor, um kleinen Unternehmen zu helfen.

Wohl nicht zufällig verkündete Großbritannien am Freitag sein erstes, fertiges Handelsabkommen mit einem Drittstaat für die Zeit nach der Brexit-Übergangsphase – mit Japan.

© Alle Rechte vorbehalten

Bundestag debattiert Fall Nawalny – Ruf nach Aufklärung in Russland

BERLIN (dpa). Bundestagsabgeordnete haben Russland am Freitag in einer Aktuellen Stunde zur Aufklärung der Vergiftung des Kremlkritikers Alexej Nawalny aufgefordert. Der Unionsaußenpolitiker Jürgen Hardt warf der Regierung in Moskau eine „Vernebelungstaktik“ vor, die am Aufklärungswillen zweifeln lasse. Es gebe deutliche Hinweise darauf, dass frühere Giftanschläge im Zusammenhang mit staatlichen russischen Stellen stehen, und dessen sei man sich auch im Fall Nawalny sicher.

Johann Saathoff (SPD) forder-

te von Russland „schnelle, transparente, klare Aufklärung“. Dies sei auch nötig, damit der „Verschwörungsdschungel nach allen Seiten endlich ein Ende hat“. Saathoff sagte: „Die Vergiftung von Herrn Nawalny geschah in Russland.“ Die Tat sei mit einem in Russland entwickelten Kampfstoff verübt worden. „Folglich können die Ermittlungen im Fall Nawalny auch nur in Russland erfolgen“, sagte er.

Grüne und FDP riefen die Bundesregierung zu einem härteren Kurs gegenüber Moskau auf.

Weißrussland rüstet sich für Massenprotest

KONFLIKT: Der Druck der Demokratiebewegung auf Lukaschenko lässt nicht nach

MINSK (dpa). Nach der Festnahme der Oppositionellen Maria Kolesnikowa steht Weißrussland an diesem Wochenende vor neuen Protesten. Die Demokratiebewegung rief für Sonntag wieder zu landesweiten Massenkundgebungen gegen Präsident Alexander Lukaschenko auf. Der „letzte Diktator Europas“ – wie ihn Gegner nennen – steht inzwischen unter Druck wie noch nie in 26 Jahren ununterbrochener Amtszeit. Am Montag wird der 66-Jährige zu einem Krisengespräch bei Kremlchef Wladimir Putin erwartet. Lukaschenko

begibt sich damit erstmals seit der umstrittenen Wahl vor mehr als einem Monat außer Landes.

Zuvor soll am Sonntag in der Hauptstadt Minsk ein „Marsch der Helden“ stattfinden – auch zu Ehren Kolesnikowas. Die 38-Jährige hatte diese Woche nach einer brutalen Entführung ihren Pass zerrissen und damit ihre Abschiebung ins Nachbarland Ukraine vereitelt. Sie sitzt nun in Untersuchungshaft unter dem Vorwurf der versuchten Machtergreifung. Kolesnikowa, die in Stuttgart Musik studiert und dort 12 Jahre gelebt hat, droht eine



Die führende Oppositionelle Maria Kolesnikowa. APA/afp

lange Haftstrafe.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) forderte in einem Brief an den Botschafter von Weißrussland, Denis Sidorenko, ein Ende des Vorgehens gegen Andersdenkende. Über Kolesnikowa schrieb er: „Seit Wochen ist sie eine Vorreiterin bei den Demonstrationen der Opposition, plädierte dabei aber immer für völlige Gewaltlosigkeit der Proteste.“ Die Führung in Minsk müsse mit EU-Sanktionen rechnen, wenn sie ihren Kurs nicht ändere.

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Die angekündigte Katastrophe

GRIECHENLAND: Lager Moria in Schutt und Asche – Europa noch ohne gemeinsamen Plan für die Zukunft

In der Nacht von Dienstag zerstörte ein Feuer auf Lesbos ein Drittel des Flüchtlingslagers Moria. 4000 Menschen wurden in der Feuersbrunst obdachlos. Ein „Hotspot“ im zynischsten Sinne des Wortes. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag brach ein zweites Feuer aus, das den Rest des Lagers zerstörte. Über 13.000 Menschen müssen versorgt und umgesiedelt werden.

Es wird vermutet, dass Einwohner des Lagers die Feuer gelegt haben. Aufgrund schneller Reaktion der Behörden vor Ort konnte Schaden an Leib und Leben vermieden werden. Das Lager selbst liegt allerdings in Schutt. Der Brand hätte noch sehr viel schlimmer ausgehen können.

Freilich handelt es sich um eine lang angekündigte Katastrophe. Bereits im März 2018 hat sich in Moria ein junger Mann aus schierer Verzweiflung über die Perspektivlosigkeit des Daseins in Moria selbst als lebende Fackel angezündet. Die Zustände auf Lesbos und den anderen In-



Tausende Menschen müssen jetzt unter freiem Himmel schlafen.

seln, wo sich Hotspots befinden, werden bereits seit Jahren scharf kritisiert. Viele NGOs sind sich in der Ansicht einig, dass die Zustände im Flüchtlingslager Moria deutlich schlimmer sind als jene in afrikanischen Flüchtlingslagern.

Im Lager Moria standen bei dichtester Belegung 10 Ärzte und 8 Krankenpfleger für über 20.000 zum Teil schwer erkrankte Menschen zur Verfügung. Hotspots gibt es seit 2015. 2019 hat die EU-

Grundrechteagentur untersucht, wie sich die Situation in den Lagern entwickelt hat. Nur bei 3 der 19 Indikatoren zeigte sich eine Verbesserung. Ansonsten hatte sich die Lage stets verschlechtert. Erst mit Antritt der neuen EU-Kommission Ende 2019 wurde zumindest die Belegung der Hotspots wesentlich verringert. Während sich zu Jahresanfang noch 25.000 Menschen in Moria aufhielten, so waren es letztlich nur mehr knapp über 13.000. Das

ändert aber nichts an der Tatsache, dass dies dennoch eine vierfache Überbelegung darstellt. Das Lager wurde für weniger als 3000 Menschen konzipiert. Wie ist ein derartiges Missmanagement, das in die Würde Tausender Menschen auf EU-Territorium eingreift, möglich?

Dazu ist zu sagen, dass die Idee der Hotspots in Kombi mit einem Flüchtlingsverteilungsschlüssel von der EU konzipiert worden war. Hotspots waren somit nicht gedacht als Internierungslager, sondern als Registrierzentren, die wie eine Drehscheibe Asylanten dann an den jeweiligen EU-Mitgliedstaat weiterverteilten. Das Problem: Die Mitgliedstaaten wollten nicht Teile eines Verteilungsschlüssels sein, und so kam es, dass die Hotspots de facto zu Internierungslagern degenerierten. Auch die Spannungen mit der Lokalbevölkerung nahmen zu. Im Juli 2018 erschoss ein Bauer einen 16-Jährigen aus dem Lager. Fazit: Moria ist das Gegenteil einer europäischen Erfolgsgeschichte.

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Die sogenannten Hotspots sind menschenrechtswidrig, obwohl sie eine Idee der EU waren?

Gabriel N. Toggenburg: Die Hotspots sind schon lange nicht mehr das, als was sie konzipiert wurden. Sie wurden von einer Drehscheibe zu trostlosen Verwaltungslagern. Das muss sich ändern

„D“: Gleichzeitig heißt es aber, dass gute Bedingungen in den Hotspots weitere Migranten anziehen werden.

Toggenburg: Selbst wenn das stimmen sollte, so halte ich diese Argumentation nicht nur für zynisch, sondern auch juristisch nicht haltbar. Abschreckung vor Immigration ist kein Gut, das den Eingriff in Grundrechte rechtfertigen kann. Weder Staaten noch die EU können so argumentieren.

„D“: Österreichs Innenminister meinte in Anspielung auf die Legung des Brandes, dass für gewaltbereite Migranten kein Recht auf Asyl in Europa bestehe.

Toggenburg: Ich weiß nicht, was gemeint ist. Wenn der Brand gelegt wurde, so nicht von 13.000 Menschen, sondern einer Handvoll verzweifelter Individuen. Vielleicht würde auch ein Minister Anzeichen aggressiven Handelns zeigen, würde er über Monate gehalten wie die Menschen in Moria. Das sind nicht Kriminelle, sondern Menschen auf der Flucht oder auf der Suche nach einem besseren Leben.

„D“: Muss sich die EU schämen für Moria?

Toggenburg: Es ist konstruktiver, wenn sie ihr Bestes gibt, um die Mitgliedstaaten endlich auf ein neues umfassendes Asyl- und Migrationssystem einzuschwören. Am 30. September wird diese Diskussion eröffnet.

© Alle Rechte vorbehalten

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz